

Stadtverordneter Christian Weiss

Die Niederschrift führt: Dominique Stölting

Sitzungsbeginn 18:00 Uhr

Sitzungsunterbrechung:

Sitzungsende: 19:04 Uhr

T a g e s o r d n u n g

Öffentlicher Teil:

- TOP 1 Niederschrift der letzten Sitzung
- TOP 2 Haushaltsentwicklung 2015
- TOP 3 Informationen zum Abschluss 2014
- TOP 4 Auflösung der "Klinik Dienste Waldbröl GmbH (KDW)"
Vorlage: 02595/2015
- TOP 5 Mitteilungen

Nicht öffentlicher Teil:

- TOP 6 Stundung einer Forderung aus Erschließungsbeiträgen
Vorlage: 02632/2015
- TOP 7 Stundung einer Gewerbesteuerforderung
Vorlage: 02643/2015
- TOP 8 Mitteilungen

Öffentlicher Teil:

TOP 1

Niederschrift der letzten Sitzung

Gegen die Niederschrift über die 4. Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses vom 24.03.2015 werden keine Einwendungen erhoben.

TOP 2

Haushaltsentwicklung 2015

Die Verwaltung präsentiert die aktuellen Haushaltsentwicklungen 2015 und erläutert ausführlich die geringen Gewerbesteuererträge, die derzeit 8,9 Mio. € unter dem geplanten Ansatz liegen. Auch die anderen oberbergischen Kommunen haben zum Teil deutliche Gewerbesteuerrückgänge zu verzeichnen.

Zudem werden eingehend die Veranlagungssystematik im Bereich der Gewerbesteuer sowie die sich daraus ergebenden Planungsschwierigkeiten der Gewerbesteuer erläutert.

Die Zinsentwicklung wird angesprochen sowie die derzeit vorherrschende außergewöhnliche Situation eines negativen Euribors. Die Verwaltung ist aktuell mit den Banken, aber auch mit dem Städte- und Gemeindebund in Gesprächen, wie mit dieser Entwicklung umgegangen beziehungsweise in welcher Weise dieser Effekt auch an die Stadt als Kreditnehmerin weitergegeben wird.

Die immer noch sehr hohen Kassenkredite stellen auf der anderen Seite bei steigendem Zins ein hohes Risiko für den städtischen Haushalt dar.

Die Reduzierung der Gewersteuerbasis wird teilweise kompensiert durch den Finanzausgleich und die „Soforthilfe“ des Bundes (höhere Umsatzsteuerbeteiligung mit „Übergangsmilliarde“ und Kosten der Unterkunft) im Vorgriff auf das Bundesteilhabegesetz. Eine Entlastung sollte sich in der Folge auch über die Kreisumlage ergeben, eine entsprechende Anfrage an den OBK wird kurzfristig aus der HVB-Runde erfolgen.

Weiterhin wird auf die Entwicklung im Asyl-Bereich eingegangen.

Während im Jahr 2014 ein Fehlbetrag von voraussichtlich rd. 1,46 Mio. € (0,7 Mio. € über dem Planansatz) entstanden ist, ist die Entwicklung in 2015 noch nicht endgültig abzusehen. Derzeit ist zu erwarten, dass der geplante Fehlbetrag von rd. 1,74 Mio. € überschritten wird.

Zuletzt wird über die Finanzhilfe des Bundes berichtet, zu der jetzt aktuelle Zahlen vorliegen nach denen Gummersbach 1,6 Mio. € zugewiesen werden. Dieser Betrag wird insbesondere für die Turnhalle Derschlag verwendet, Restmittel i.H.v. etwa 200 T€ sind entsprechend den Bundesvorgaben für andere förderfähige Bereiche zu verwenden.

TOP 3

Informationen zum Abschluss 2014

Vor Einbringung des Jahresabschlusses 2014 in den Rat am 24.06.2015 wird im Ausschuss über die wesentlichen Entwicklungen informiert.

Nach vorläufigen Zahlen ergibt sich voraussichtlich ein negatives Jahresergebnis von 16,1 Mio. €, welches um 5,3 Mio. € über dem kalkulierten Fehlbedarf von 10,75 Mio. € liegt.

Beschluss- und ggf. Verhandlungsniederschrift

Ursächlich hierfür ist in erster Linie die Gewerbesteuer, die 2014 um 7,5 Mio. € unter dem Ansatz liegt.

Ebenfalls erhebliche Verschlechterungen ergeben sich aus den Gemeindeanteilen Einkommens- und Umsatzsteuer, die insgesamt um 550 T€ hinter der Planung zurückbleiben, sowie aus den Pensionsrückstellungen, die das Jahresergebnis mit zusätzlichen 1,5 Mio. € belasten. Ursächlich hierfür ist eine geänderte Berechnungsgrundlage der Rheinischen Versorgungskassen, die ihre Abrechnungen an aktuelle Wahrscheinlichkeits- und Alterstabellen angepasst haben.

Diesen Verschlechterungen stehen insbesondere pauschale Landesmittel gegenüber, die konsumtiv abgerechnet werden konnten und das Ergebnis entlasten. Neben verschiedenen Mehrerträgen in den Bereichen Nachforderungszinsen Gewerbesteuer, der Vergnügungssteuer sowie den Baugenehmigungsgebühren, wengleich letztere aus Sonderentwicklungen in 2014 resultieren, konnten auch die Aufwendungen in den Bereichen Personal, Gebäudebewirtschaftung und im Zinsbereich reduziert werden. Die Personaleinsparungen stehen in direktem Zusammenhang mit dem Wegfall der Lohnfortzahlung bei langzeiterkrankten Mitarbeitern, der geringere Zinsaufwand ist dem aktuellen Zinsniveau geschuldet.

Die Bilanzveränderungen ergeben sich neben den oben genannten Entwicklungen u.a. aus Geschäftsvorfällen, die über den Jahreswechsel entstanden sind, was den Aufbau einer Forderung bzw. einer Verbindlichkeit zur Folge hatte, sowie auch aus Buchungen die im Zusammenhang mit dem Treuhandvermögen stehen.

So fallen vor allem die um 3,6 Mio. € deutlich reduzierten Forderungen auf, die sich aus einer ersten Abschlagszahlung der Stadtwerke für die Stellplatznutzung des Forum Gummersbach ergeben.

Die weiterhin sehr hohen Kassenkredite erhöhen die Verbindlichkeiten zum 31.12.2014. Veränderungen im Anlagevermögen sind geringfügig, da in 2014 wenige investive Maßnahmen abgeschlossen und aktiviert wurden.

Der Eigenkapitalverzehr ergibt sich aus dem negativen Jahresergebnis 2013 und stellt für die kommenden Jahre vorbehaltlich der Entwicklung der Jahresergebnisse ein Risiko dar.

Die detaillierten Jahresabschlussunterlagen werden am 24.06.2015 im Rat vorgelegt.

TOP 4**Auflösung der "Klinik Dienste Waldbröl GmbH (KDW)"****Vorlage: 02595/2015**

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Abstimmungsergebnis:

Ja 15

Der Rat der Stadt Gummersbach stimmt der Auflösung der "Klinik Dienste Waldbröl GmbH (KDW)" als Tochtergesellschaft der Kreiskliniken Gummersbach-Waldbröl GmbH zu.

TOP 5**Mitteilungen**

Es gibt keine Mitteilungen im nicht öffentlichen Teil.

Beschluss- und ggf. Verhandlungsniederschrift

Torsten Stommel
Vorsitz

Raoul Halding-Hoppenheit
Beigeordneter

Dominique Stölting
Schriftführung